Europas »Cordon sanitaire«

An der nordafrikanischen Küste errichtet die EU schrittweise die neue Außengrenze

CYRUS SALIMI-ASL

Ein Jahr ist es her, als vor der kalabrischen Küste bei Cutro, nahe der Stadt Crotone, ein Boot mit Geflüchteten kenterte. Heute erinnern 94 Bäume an die Ertrunkenen, den Ort nennen sie »Alis Garten«: Ali ist der Name eines dreijährigen Jungen aus Syrien, der damals sein Leben verlor, wie 33 weitere Minderjährige. »Wir gedenken eines ethischen, rechtlichen und politischen Massakers«, sagte Filippo Sestito von der kalabrischen Antirassismusbewegung bei einer Gedenkveranstaltung Ende Februar. »Aber das Gedenken reicht uns nicht aus. Wir fordern Wahrheit und Gerechtigkeit für all diejenigen, die von der freiheitsfeindlichen Politik überrollt wurden.«

Sestito verurteilte die migrationsfeindliche Politik rechter italienischer Regierungen und die Übereinkünfte, die linksliberale Regierungen mit Mittelmeeranrainern wie Libyen geschlossen haben, um die Migration einzudämmen. Im Fall Cutro ermittelt die Justiz gegen Beamte der Finanzpolizei und der Küstenwache: Es gibt Hinweise, dass die Gefahren für das Schiff unterschätzt wurden.

Bilder von im Mittelmeer ertrunkenen Kindern, aufgebahrten Särgen oder gekenterten Flüchtlingsbooten will man nicht mehr sehen in Europa. Aber schutzbedürftige Menschen will man auch nicht haben. Was also tun? Strategen der Europäischen Union dachten sich schon vor Jahren, wir lagern dieses Thema aus in die Länder, aus denen die Flüchtlinge nach Europa aufbrechen. Sollen deren Regierungen sich doch darum kümmern, die Menschen an der Abfahrt zu hindern. Was dort mit ihnen geschieht, muss uns nicht interessieren.

Klingt simpel: Die EU-Mitgliedsstaaten müssen nur ordentlich Geld in die Hand nehmen, um diese Länder zur Kooperation bei der Migrationsabwehr zu bewegen. Die Auslagerung des Phänomens Migration in Drittstaaten ist inzwischen gängige Praxis europäischer Länder wie auch der Europäischen Union.

Speziell Deutschland hat beim Thema Migrationsabkommen einen beachtlichen Eifer entwickelt und bilaterale Vereinbarungen getroffen: 2022 hat Deutschland das erste dieser »neuen Migrationsabkommen« mit Indien abgeschlossen, Georgien folgte im Dezember 2023. Erste Vereinbarungen wurden Anfang 2024 auch mit Marokko und Kolumbien getroffen. Mit Usbekistan und Kirgisistan gibt es seit 2023 vorerst nur Absichtserklärungen. Verhandelt wird auch mit Moldau und Kenia, erste Gespräche gab es mit den Philippinen und Ghana. Rücknahmeabkommen existieren seit den 1990er Jahren mit rund 30 Staaten, flankiert durch die Einstufung bestimmter Länder als vermeintlich sichere Herkunftsstaaten.

Deutschland hat beim Thema Migrationsabkommen einen beachtlichen Eifer entwickelt.

Die EU folgt diesem Pfad der Externalisierung von Migrationskontrolle und -abwehr, fördert mit Geld Maßnahmen der Mitgliedsstaaten zur Migrationskontrolle. Und mit der Grenzschutz-Agentur Frontex hat Brüssel zudem ein schlagkräftiges Werkzeug zu Hand, das bis 2027 beachtliche 5,6 Milliarden Euro zur Verfügung hat.

Die EU hat in den vergangenen Monaten ihre Anstrengungen intensiviert, Abkommen mit Mittelmeer-Anrainern abzuschließen, damit diese fluchtbereite Migranten von der Überfahrt nach Europa abhalten. Am Anfang stand der 2016 mit der Türkei geschlossene Deal, der vor allem syrischen Kriegsflüchtlingen und Afghanen die Weiterreise nach Europa unmöglich machen sollte: Flüchtlinge, die über die Türkei nach Griechenland eingereist sind und keinen Anspruch auf Asyl haben, sollen in die Türkei zurückgebracht werden. Für Syrien gilt eine besondere Regelung: Für jeden zurückgeschickten Syrer sollte ein anderer Syrer legal in die EU einreisen dürfen. Die EU bedankte sich bei der türkischen Regierung für die Grenzkontrolle mit insgesamt sechs Milliarden Euro (bis Ende 2019). Mit dem Geld sollten Geflüchtete besser versorgt werden. Dass die Schutzsuchenden in der Türkei rassistisch motivierter Gewalt ausgesetzt sind, war in der Rechnung nicht vorgesehen.

Das EU-Türkei-Abkommen war eine Art Matrize, von der Brüssel Kopien anfertigte: Mauretanien, Tunesien, Ägypten. Stück für Stück entsteht so eine neue politische Landkarte, auf der die EU ihre Kompetenzen bei Grenzkontrolle und -sicherung extraterritorial auszudehnen sucht: Die Staaten, die solche Vereinbarungen unterschreiben, sollen qua Amtshilfe Grenzschützer spielen für Europa – auf ihrem eigenen Territorium; im Gegenzug erhalten sie dafür finanzielle Zuwendungen in Form von Zuschüssen oder Krediten. Europas südliche Außengrenzen verschieben sich so auf den afrikanischen Kontinent.

Inzwischen hat sich der Ring kooperationswilliger Länder rund um das südliche Mittelmeer immer enger gezogen. Nach der Türkei 2016 fand die EU im Juli vergangenen Jahres eine Übereinkunft mit Tunesien, im März dieses Jahres wurde ein Abkommen mit Mauretanien unterzeichnet. Im EU-Sprachgebrauch ist von »Migrationspartnerschaft« und »Migrationsdialog« die Rede. Mauretanien soll laut einer Pressemitteilung 210 Millionen Euro erhalten, unter anderem für »Migrationsmanagement« und die »Bekämpfung der Schleuserkriminalität«. Tatsächlich erreichten fast 1000 mauretanische Flüchtlinge in diesem Jahr Europa, das Land liegt damit auf dem dritten Platz hinter Mali und Senegal.

Am vergangenen Wochenende folgte dann mit Ägypten der vorerst letzte Streich in Sachen Migrationsbekämpfung. Bleibt noch Marokko, mit dem die EU im Dezember grobe Linien für einen zukünftigen Migrationspakt vereinbart hat. Die Verhandlungen dazu zogen sich über sieben Jahre hin, die Umsetzung dürfte noch dauern, meinte Camille Le Coz, Vize-Direktorin des Migration Policy Institute Europe, gegenüber der Deutschen Welle: »Derzeit haben wir eine politische Vereinbarung, auf deren Grundlage die EU Budgets und Personal mobilisieren wird, um die entsprechende Infrastruktur zu schaffen«, so Le Coz.

Wie wichtig der EU dieses Abkommen ist, zeigt sich daran, dass der Leiter von Frontex, Hans Leijtens, seine erste Reise außerhalb Europas nach Marokko unternahm. Einer Pressemitteilung zufolge geht es unter anderem um Zusammenarbeit beim Austausch von Wissen und Praktiken bei Rückkehr und Wiedereingliederung von Migranten und um die Aufgaben der Küstenwache. Im Blick hat Europa vor allem die Flüchtlinge, die von Marokkos Westküste am Atlantik aufbrechen zu den Kanarischen Inseln: zwischen Januar und November 2023 geschätzt knapp 57 000 Personen.

Was Europa im Gegenzug dafür springen lassen muss, ist nicht genau bekannt. Geld steht wohl nicht im Vordergrund, sondern politische Zugeständnisse an die Regierung in Rabat: Die EU soll den – vom Völkerrecht nicht gedeckten – Anspruch Marokkos auf die Westsahara unterstützen. »Im Gegenzug unterstützt Marokko die europäische Flüchtlingspolitik«, sagte Sonja Hegasy, Vize-Direktorin des deutschen Forschungszentrums Leibniz-Zentrum Moderner Orient gegenüber der »Deutschen Welle«.

Charme-Offensive beim Autokraten

EU schließt Abkommen zur Migrationsabwehr mit dem ägyptischen Präsidenten Al-Sisi

CYRUS SALIMI-ASL

Mit einem ganzen Hofstaat rückte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vergangenes Wochenende in Kairo an; Regierungschefs von gleich sechs Mitgliedsstaaten begleiteten sie, darunter Giorgia Meloni aus Italien, der griechischen Premier Kyriakos Mitsotakis und Österreichs Bundeskanzler Karl Nehammer. Der autokratisch regierende ägyptische Präsident Abdel Fattah Al-Sisi dürfte sich geschmeichelt gefühlt haben ob so viel Aufmerksamkeit. Und auch in Anbetracht des versprochenen Geldes: Die Europäische Union hat Ägypten ein Hilfspaket in Höhe von 7,4 Milliarden Euro in Aussicht gestellt und, vielleicht noch relevanter für Al-Sisi, eine Verbesserung der Beziehungen.

Das Ziel der Vereinbarung ist klar: Ägypten soll Migration nach Europa eindämmen – so wie dies bereits Tunesien oder die Türkei tun. Menschenrechtsgruppen kritisieren den Deal. Claudio Francavilla von Human Rights Watch zufolge wird »der Schlüssel« des Abkommens die »Unterstützung der EU für die ägyptischen Grenzkontrollen sein«, quasi eine Kopie der »mangelhaften EU-Abkommen mit Tunesien und Mauretanien: Migranten stoppen, Missstände ignorieren«.

Nach Angaben der EU umfasst das Abkommen Kredite in Höhe von fünf Milliarden Euro, Investitionen im Umfang von 1,8 Milliarden Euro (Ernährungssicherheit, Digitalisierung), 400 Millionen Euro für bilaterale Projekte sowie 200 Millionen Euro für Programme zur Migrationskontrolle. Letzteres erscheint wenig, doch setzt die EU offensichtlich auf die Stärkung der ägyptischen Binnenwirtschaft, um die Menschen von der Ausreise abzuhalten. Das dürfte aber kaum ausreichen, denn der ägyptischen Wirtschaft geht es seit vielen Jahren chronisch schlecht. Eine Inflationsrate von 35 Prozent und die hohe Arbeitslosigkeit treiben die Menschen förmlich aus dem Land; immer mehr Ägypter rutschen in Armut ab. Der Staat ist hoch verschuldet, sodass die Regierung sich gezwungen sah, beim Internationalen Währungsfonds (IWF) das vierte Darlehen seit 2016 in Höhe von acht Milliarden Dollar zu beantragen. Dafür musste sie die Landeswährung abwerten, einen frei schwankenden Wechselkurs einführen und die Ausgaben für die Infrastruktur zurückfahren.

Ob das Geld aus Brüssel Ägypten wieder auf die Beine helfen kann, ist fraglich: »Einige hoffen, dass diese Finanzspritze des IWF und der EU die wirtschaftliche Lage verbessern wird«, sagt dem »nd« der in Berlin lebende ägyptische Wissenschaftler und Aktivist Hossam El-Hamalawy. »Aber Al-Sisi und die Vertreter des Regimes haben bereits Erklärungen abgegeben, die darauf hindeuten, dass alles beim Alten bleibt.« Das heißt: Die überflüssigen und extrem kostspieligen Großprojekte – ein Hochgeschwindigkeitsnetz oder die neue Verwaltungshauptstadt in der Wüste – und die Sparmaßnahmen würden fortgesetzt. »Die Preise für Lebensmittel und Konsumgüter sind nicht gesunken, und die Inflation steigt weiter an. Heute hat das Kabinett eine Erhöhung der Preise für Treibstoffprodukte angekündigt.« El-Hamalawy hat daher keine Zweifel: »Das Abkommen entspricht den Bedürfnissen des ägyptischen Regimes, nicht der ägyptischen Gesellschaft.«

Das sieht die EU naturgemäß anders. »Ägypten ist ein wichtiges Land für Europa«, sagte ein Vertreter der EU-Kommission und verwies auf »die schwierige Nachbarschaft mit Grenzen zu Libyen, Sudan und dem Gazastreifen«. Der Zeitpunkt der Vereinbarung zwischen Brüssel und Kairo kommt also nicht von ungefähr. Die Krisen und Kriege in den genannten Ländern bereiten den Europäern Kopfschmerzen: Ägypten befürchtet eine massive Fluchtbewegung aus dem Sudan und vor allem aus dem Gebiet rund um die Stadt Rafah, befestigt daher die Grenzanlagen zum südlichen Gazastreifen. Doch niemand kann voraussagen, ob sich die Menschen davon aufhalten lassen oder Ägypten nicht gezwungen sein wird, die Grenze zu öffnen, sollte es zur angekündigten Offensive der israelischen Armee auf Rafah kommen.

»Das Abkommen entspricht den Bedürfnissen des ägyptischen Regimes, nicht der ägyptischen Gesellschaft.«

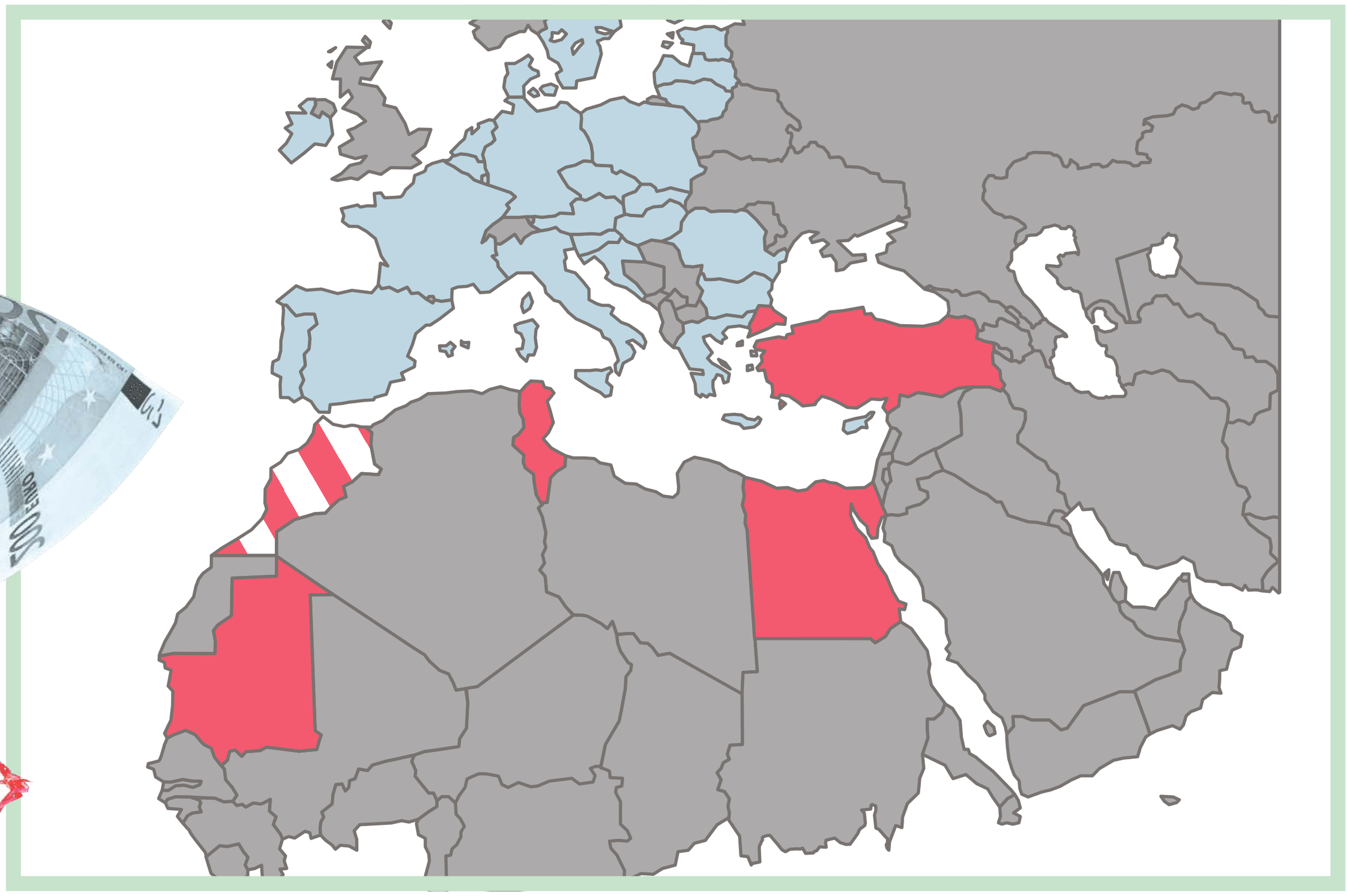
Hossam El-Hamalawy
Ägyptischer Aktivist

Schon jetzt leben in Ägypten nach Angaben der UN-Organisation für Migration (IOM) rund neun Millionen Migranten und Flüchtlinge, darunter vier Millionen Menschen aus dem Sudan, 1,5 Millionen aus Syrien und rund eine Million aus dem Jemen. Mit dem Geld aus Brüssel soll vor allem die Verstärkung der Grenzbefestigungen zum Sudan bezahlt werden; über diesen Weg erreichen viele Migranten aus südlicheren Ländern Afrikas Ägypten.

Zuletzt registrierte vor allem Griechenland zunehmende Ankünfte von Migranten ägyptischer Herkunft über eine neue Flüchtlingsroute vom libyschen Tobruk aus Richtung Kreta. Das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) zählte in diesem Jahr bereits mehr als 1000 Menschen, die von Tobruk aus auf den Inseln Gavdos oder Kreta strandeten; die meisten sollen aus Ägypten stammen. Seit 2021 verlassen wieder mehr Ägypter das Land gen Europa, meistens über Libyen; dieser Trend war schon während der ägyptischen Wirtschaftskrise 2015 zu verzeichnen. In Italien standen Ägypter im Januar 2024 an vierter Stelle der ankommenden Flüchtlinge.

Dass das Migrationsabkommen der EU mit Ägypten von Menschenrechtsexperten scharf kritisiert wird, ficht Brüssel nicht an. Die Menschenrechtslage in Ägypten ist bekanntermaßen notorisch schlecht bis dramatisch. Demonstrationen sind faktisch verboten. Kritiker werden mit drastischen Methoden verfolgt und müssen willkürliche Festnahmen und Schlimmeres befürchten. Zehntausende wurden aus politischen Gründen inhaftiert. Der frühere General Abdel Fattah Al-Sisi regiert das Land mit harter Hand, nachdem er sich 2013 an die Macht geputscht hat.

»Die Politik der EU-Deals mit Diktatoren ist schäbig, borniert und korrupt«, sagte der Europa-Experte von Pro Asyl, Karl Kopp. »Diese fatalen Kooperationen mit autoritären Regimen sind Teil des Problems und nicht die Lösung bei der Beseitigung von Fluchtursachen.« Die EU setze systematisch »auf die falschen Partnerschaften, um Schutzsuchende abzuwehren«. Ähnlich sieht es Hossam El-Hamalawy: Das Abkommen sei ein weiteres Beispiel für die Heuchelei der europäischen Staats- und Regierungschefs, die allein an regionaler Stabilität und der »Eindämmung der Migration schwarzer und brauner Menschen interessiert sind« – auf Kosten der Menschenrechte, wie er sagt. »Ohne die Waffen, das Geld und die diplomatische Unterstützung der EU hätte ein solches Militärregime nicht fortbestehen können.«



DPA/ND

Nach der Türkei, Tunesien und Mauretanien ist Ägypten das vierte Land, mit dem die EU ein Migrationsabkommen abgeschlossen hat (rot). Mit Marokko wird noch verhandelt (schraffiert).

PIXABAY/ANATERATE/PASCAL SCHAUSS[M]

Abschreckung als Strategie

Trotz EU-Kooperation ist die Lage für Migranten in Tunesien katastrophal

MIRCO KEILBERTH, SFAX

Als Blaupause für das vergangene Woche in Kairo unterschriebene Migrationsabkommen gilt die im letzten Sommer begonnene Kooperation mit Tunesien. Ohne das Parlament in Brüssel zu informieren, war EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen im Juli 2023 nach Tunis gereist. Den Alleingang unterstützten die Regierungschefs der Niederlande und Italiens – Mark Rutte und Georgia Meloni verdankten ihre Wahlerfolge dem Versprechen, die auf Rekordniveau angestiegenen Zahlen der im Schengenraum ankommenden Migranten drastisch zu reduzieren.

Tunesiens Präsident, der ehemalige Juraprofessor und Politikquereinsteiger Kais Saied, galt diesbezüglich als idealer Partner. Der Küstenstreifen zwischen den tunesischen Hafenstädten Sfax und Mahdia hatte Libyen als Sprungbrett nach Europa für Bürgerkriegsflüchtlings aus dem Sudan oder Arbeitsuchende aus Westafrika abgelöst. Die visafreie Einreise lockte Anfang 2023 immer mehr Opfer von Krieg, Korruption und Arbeitslosigkeit in das Urlaubsland vieler Europäer. »Massenmigration ist der Versuch feindlicher Mächte, Nordafrika zu de-islamisieren, und stellt einen Angriff auf die arabische Kultur dar.« Mit seinen Worten vor den Generälen und Ministern des sogenannten Nationalen Sicherheitsrates stellte sich Präsident Saied an die Spitze einer Kampagne gegen Migranten.

Die gewaltsame Vertreibung der meist im informellen Sektor arbeitenden Westafrikaner aus ihren Wohnungen in Tunis und Sfax ließen die Politiker aus Brüssel unerwähnt. Kurz bevor die sich »Team Europa« nennende Delegation in Tunis landete, hatten zudem libysche Grenzwächter mehr als 60 verdurstete Migranten in der Wüste gefunden. Das Foto von Fati Dosso, die mit ihrer sechsjährigen Tochter Marie eng umschlungen im Sahara-Sand lag, ging damals um die Welt. Die aus Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste) stammende Frau war von den Behörden in Sfax von ihrem Mann getrennt und in einem Bus an die libysche Grenze gefahren worden. Bei ihrem Marsch durch die Wüste ohne Wasser und Nahrung verdursteten Fati und Marie.

Die Verhandlungsdelegationen aus Tunis und Brüssel beeindruckten solche Bilder nicht, im Gegenteil. Abschreckung ist Teil des Abkommens. Für die Zahlung von bis zu 1,7 Milliarden Euro sollen die tunesischen Sicherheitskräfte gegen die Schmugglerszene rund um die Hafenstadt Sfax vorgehen und die Abfahrt von Booten verhindern. Und die Gelder aus Brüssel retten den für seinen autokratischen Regierungsstil kritisierten Präsidenten vor dem drohenden Staatsbankrott. 105 Millionen Euro für die Grenz- und Küstensicherung wurden nach Information aus diplomatischen Kreisen bereits nach Tunis überwiesen.

Die restlichen EU-Gelder sind offenbar an die vom Internationalen Währungsfonds geforderten Wirtschaftsreformen gebunden. Doch der vor allem im Milieu der Staatsangestellten und Beamten sowie in Armenvierteln beliebte Saied kann es sich weder leisten, den aufgeblähten öffentlichen Dienst zu verschlanken, noch die zahlreichen Subventionen auf Grundnahrungsmittel zu reduzieren.

Als die EU-Gelder nicht wie erhofft bis Jahresende flossen, änderte Saied den zuvor vor allem gegenüber Italien freundschaftlichen Ton. Man könne nicht den Grenzwächter Europas spielen, so der tunesische Präsident. Das brutale israelische Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung in Gaza drehte die bisher prowestliche öffentliche Meinung Nordafrikas um 180 Grad. »Niemandem erschließt sich, warum Europa die russische Zerstörung der ukrainischen Stadt Mariupol oder die Brutalität gegenüber Migranten einen Bruch des Völkerrechts nennt«, sagt der Menschenrechtsaktivist Zied Meluli aus Sfax, »aber nicht den Tod von 30 000 Zivilisten in Gaza.«

In Tunesien wie auch im EU-Parlament fragen sich viele, ob das Abkommen zwischen Tunis und Brüssel rechtlich Bestand hat und noch umgesetzt werden soll. »Anders als in dem Vertrag mit der Türkei wurde der Status der Menschen im Land unerwähnt gelassen«, kritisiert eine Aktivistin, die sich in Sfax um Migranten und Flüchtlinge kümmert. Sie möchte lieber anonym bleiben – so wie die meisten vom »nd« in Sfax zur Lage der Migranten Befragten. Denn schon nach kritischen Kommentaren in sozialen Medien hat die Staatsanwaltschaft in den letzten Wochen ermittelt. »Das Abkommen bleibt in allen Bereichen vage«, sagt Romdhane Ben Amor, Sprecherin der NGO Forum Tunisien pour les Droits Economiques et Sociaux (FTDES). »Den Preis dafür zahlen die Migranten aus Westafrika und die Flüchtlinge aus dem Sudan, denn sie werden zu einem Tauschobjekt reduziert – als Gegenleistung für Zahlungen.«

> **»Das Abkommen bleibt in allen Bereichen vage. Den Preis dafür zahlen die Migranten aus Westafrika und die Flüchtlinge aus dem Sudan.«**
>
> Romdhane Ben Amor
> *Sprecherin der NGO FTDES*

Nachdem Jugendgangs und die Behörden die Menschen im letzten Herbst vertrieben hatten, leben nun mehr als 20 000 Obdachlose auf den Olivenfeldern der Küstendörfer wie Al-Amra. Die hygienischen Umstände in dem an ein offenes Flüchtlingslager erinnernden Gebiet sind katastrophal. Zwischen der Bevölkerung, der Polizei und den nach Nationalitäten getrennt lebenden Migranten kommt es immer wieder zu Gewalt. Im Herbst wurde ein Beamter der Nationalgarde schwer verletzt, als Hunderte Sudanesen gegen die aus ihrer Sicht willkürlichen Verhaftungen und die Deportationen in die libysche und algerische Wüste demonstriert hatten.

Selbst in Tunesien ist nur wenig über die außer Kontrolle geratene Lage und die fast wöchentlich vermeldeten Bootsunglücke bekannt. Internationalen und lokalen Journalisten wurde es immer wieder untersagt, nach Al-Amra zu fahren oder mit Migranten zu sprechen. Mehrere Anfragen von europäischen Diplomaten und Parlamentsabgeordneten, sich vor Ort umzuschauen, wurden abgelehnt.

Die Sicherheitskräfte haben um die auf den kilometerlangen Olivenfeldern verteilt lebenden Menschen einen Ring von Kontrollpunkten errichtet. Mit dem Ende der Olivenernte und den steigenden Temperaturen scheint eine Eskalation der Lage unabwendbar. Als Tagelöhner auf den schier endlosen Feldern konnten die Gestrandeten zumindest Lebensmittel und einen Platz in den völlig überfüllten Unterkünften bezahlen, nun hoffen sie nur noch auf eines: die Fahrt nach Europa. Hilfsorganisationen sind in dem Krisengebiet nicht im Einsatz, nur schwangere Frauen und medizinische Notfälle werden von mobilen Teams der Organisation für Migration betreut, berichten die Migranten.

Menschenrechtsorganisationen wie auch die Bevölkerung in den Fischerdörfern der Region fragen sich, welche Strategie Präsident Kais Saied und die EU verfolgen. »Vielleicht hoffen sie, dass sich das Problem außerhalb der Großstadt Sfax und ohne Medienpräsenz in Luft auflöst«, sagt der Aktivist Wahid Dahech. »Aber es kommen jeden Tag mehr Flüchtlinge aus dem Sudan. Wir benötigen dringend ernsthafte Lösungsansätze, um eine weitere Explosion der Lage zu verhindern.«